

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

und
Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladn 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N^o 178.

Dienstag, den 3. August

1880.

Versteigerung.

Freitag, den 6. August d. J., Nachmittags 3 Uhr sollen im Fiedler'schen Hausgrundstücke (Cat.-Nr. 4) in Thiergarten 1 Läuferfchwein und 1 Kleiderschrank an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Waldenburg, am 30. Juli 1880.
Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht.
Scharf.

Brennrinden-Auction

auf Kemser Revier.

Künftigen Freitag, den 6. August 1880, sollen im Gersdorf des obgedachten Reviers 53 Raummeter Brennrinden gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Die Versteigerung findet an Ort und Stelle statt. Versammlung Vormittags halb 9 Uhr in der Böttcher'schen Bahrestauration zu Kemse.
Fürstlich Schönburg'sche Forstverwaltung des Kemser Reviers.

*Waldenburg, 2. August 1880.

Die griechische Frage.

Die Pforte hat auf die Collectivnote der Mächte nunmehr officiell geantwortet, und zwar, wie es von vornherein hieß, ablehnend. Diesen Entschluß begründet die Pforte mit dem Umstande, daß die in der Collectivnote vorgeschlagene Grenzlinie keine solide Defensivgrenze für die Türkei bilde. Von der Abtretung von Mezzowa, Janina und Larissa könne deshalb nicht die Rede sein. Theilweise wiege auch in dem zur Abtretung an Griechenland bestimmten Territorium das mohamedanische Element vor; der Khalif sei aber nicht weniger für das Schicksal der Muselmänner interessiert, als die theilhaftigen christlichen Mächte für das der Christen. Schließlich erklärt sich die Pforte zu Concessionen an Griechenland bereit und bittet die Mächte sich mit ihr wegen Annahme einer definitiven Grenzlinie zu verständigen.

Vielleicht um dieser Zurückweisung des Mediations-Vorschlages der Mächte ein imponirendes Relief zu geben, wurde dieser Tage erst von Konstantinopel aus die Angabe verbreitet, daß an der griechischen Grenze eine schlagfertige türkische Armee von 50,000 Mann mit 260 Geschützen unter dem Commando des Muschirs Gidajet Pascha versammelt sei. Gleichzeitig ist der Befehl ertheilt worden, die Kopfstärke der in den europäischen Provinzen stehenden Bataillone von 500 Mann auf 800 Mann zu erhöhen. Somit wäre denn das Fiasco der von dem vereinigten Europa unternommenen diplomatischen Action entschieden. Ueberrascht von einem derartigen Ausgange durfte wohl Niemand sein, denn selbst in diplomatischen Kreisen, in denen man, des Anstands halber, einen gewissen Optimismus zur Schau trug, glaubte man so wenig an einen Erfolg, daß, noch ehe die Tinte auf der Collectivnote trocken geworden war, bereits Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet über die Möglichkeiten, dem an die Pforte gestellten Verlangen Nachdruck zu geben, stattfanden.

Die Einsetzung dieses Nachdrucks ist nunmehr die nothwendige Folge der türkischen Ablehnung, immerhin ist also die Situation verwickelt genug. Dennoch heißt es die Lage zu pessimistisch beurtheilen, wenn man von einem unmittelbar bevorstehenden Gewaltschrit der Mächte gegenüber der „neuesten türkischen Insulte“ fabelt. Beruhigend sollten in dieser Beziehung zunächst die Nachrichten aus Athen wirken. Die schon vor Ueberreichung der Collectivnote an das griechische Cabinet von diesem beschlossene Mobilisirung der griechischen Armee ist, in Folge der Vorstellungen der Vertreter Englands und Frankreichs, denen sich auch die Vertreter der anderen Mächte angeschlossen, bisher unterblieben. Nun soll allerdings das Mobilisierungsdecret unmittelbar bevorstehen; allein die Einberufung der Kammer, welche doch die Mittel zur Action bewilligen muß, ist erst für die Mitte September in Aussicht genommen. Bis dahin mindestens wird also, wenigstens in Bezug auf die griechisch-türkische Frage, Europa Ruhe haben. Auch

dürfte es mit der gerühmten Schlagfertigkeit der Armee Gidajet Paschas und mit der Verstärkung der türkischen Bataillone nicht ganz in der Ordnung sein, da ja auch die Pforte nicht ohne Geld Krieg führen kann. Bezüglich der griechischen Frage werden also die Federn der Diplomaten noch einige Zeit am Werke bleiben können, ehe an die Entscheidung durch das Schwert des Soldaten appellirt wird.

*Waldenburg, 2. August 1880.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm trifft, einer officiellen Mittheilung zufolge, am 10. August mittags, von Gastein via Aulsee kommend, wo er vorher übernachtet dürfte, in Böhln ein; er verbleibt hier bis andern Tages 3 Uhr Nachmittags, und geht sodann über Passau nach Berlin. Er wird hier wieder Koch's Hotel Elisabeth bewohnen, wo für ihn und sein Gefolge bereits Appartements bestellt sind. Seine Suite bilden General Graf Lehndorf, Major Lindequist, Geheimrath Bork, Kauzki und Stabsarzt Zimmann, Botschafter Prinz Reuß kommt aus diesem Anlasse von Wien nach Böhln. Kaiser Franz Josef hat für die Dauer des Kaisereraufenthaltes Militärmusik von Linz dorthin commandirt.

Bismarck hat erklärt, daß es unmöglich sei, auf das Verlangen der Türkei, bezüglich Griechenlands weiter zu unterhandeln, einzugehen.

In Folge der vom Reichskanzler erlassenen Verfügung über die Frage der Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit hat sich auch der landwirthschaftliche Minister Lucius veranlaßt gesehen, die landwirthschaftlichen Centralvereine um eine möglichst eingehende gutachtliche Aeußerung über die Frage zu ersuchen: ob das wirtschaftliche Bedürfnis es erheischt, den nicht zu den Kaufleuten gehörenden ländlichen Grundbesitzern die allgemeine Wechselfähigkeit zu erhalten, oder ob es nicht vielmehr eine Beschränkung derselben sowohl zuläßt als erfordert und welche gesetzlich bestimmten Grenzen für die Beschränkung zu ziehen sind? Im Anschlusse hieran wird seitens des Ministers noch eine Aeußerung darüber gewünscht, ob rücksichtlich des ländlichen Grundbesitzes vom wirtschaftlichen Standpunkte aus ein Unterschied zwischen gezogenen und eigenen Wechselfeln zu machen und ob überhaupt von diesem Standpunkte aus es geboten sei, neben dem Institute des gezogenen Wechselfels, das des eigenen Wechselfels bestehen zu lassen.

Auswärtigen Blättern wird geschrieben, daß schwerlich anzunehmen ist, daß der Reichstag sich in der abgelaufenen Session zum letzten Male mit der Samoavorklage beschäftigt habe. Man wisse, daß Fürst Bismarck die Niederlage, die er in der Samoafrage erlitten, schwer empfunden habe, und so leicht lasse er einen einmal gefaßten Plan nicht fahren. Auf welche Weise, heißt es dann weiter, der Samoagesellschaft eine Beihilfe zu Theil werden

könnte, nachdem die Zinsgarantie vom Reichstage abgelehnt worden, darüber werden einstweilen Vermuthungen geäußert, deren Bestätigung leicht die nächste Zukunft bringen könnte. Man will wissen, daß Fürst Bismarck die Errichtung einer staatlich subventionirt. n Dampferlinie von Bremen nach dem Südsee-Archipel beabsichtige, und daß dieses Unternehmen in eine engere Verbindung mit der Plantagen-Aktiengesellschaft gesetzt werden solle.

Als vor einiger Zeit preussische Staatsangehörige mosaischen Glaubens aus Rußland ausgewiesen wurden, antwortete das Auswärtige Amt auf erhobene Beschwerde, daß es in der Sache nichts thun könne, weil die Ausweisungsbefugniß jedem Staate freistehen müsse. Diesen Ausspruch wird nun auch die preussische Staatsregierung für sich selbst geltend machen können, nachdem sie einen Mormonensending, amerikanischen Staatsbürger, ausgewiesen, und dieser Beschwerde erhoben hat.

In den „Grenzboten“ wurde unlängst eine Artikelserie über die Ausbreitung und Stellung der Juden in unserem Vaterlande veröffentlicht; dieselbe ist nunmehr in Leipzig unter dem Titel „Israel und Goyim“ in Form einer Broschüre erschienen. Sie sucht darzulegen, daß die völlige Emancipation der Juden ein Fehler gewesen sei und daß ein so starkes Zufließen und Prävaliren des jüdischen Elementes das wohlverstandene Interesse des Landes schädigen müsse. Als ein Mittel zur Abwehr wird nun die schon zum öfteren empfohlene Gründung einer großen anti-jüdischen Partei vorgeschlagen, welche gegen die volle Gleichstellung des semitischen Elementes mit dem alteingeborenen agitiren müsse, und zwar in der Weise, daß man 1) bei Wahlen nicht für jüdische Candidaten stimme; 2) keine jüdischen Zeitungen durch Abonnements und Inserate unterstütze; 3) die Juden aus Vereinen und Versammlungen zu verdrängen suche. Sei erst diese Agitation im Gange, dann werde auch die Regierung etwas thun müssen, und zwar zunächst durch Verschärfung des Wuchergesetzes dahin, daß neben drakonischen Strafen in Wuchersfällen auch auf Ausweisung aus dem Reiche erkannt werden dürfe; ferner sei eine Reform des Actiengesetzes, ein scharfes Börsengesetz und die Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit nothwendig; dann müsse das semitische Element im Justiz- und Verwaltungsdienst in einer der jüdischen Bevölkerungsziffer entsprechenden Weise beschränkt werden. Nicht minder sei ein Abschluß der Grenze nach Osten zu empfehlen, welcher dem Einstromen der Juden von dorthin zu steuern und die weitere Ansiedelung dieses verderblichen Elementes in Deutschland unmöglich zu machen geeignet wäre. Endlich müsse eine Beschränkung der Freizügigkeit in einer Weise eintreten, daß man den Gemeinden die Befugnisse ertheile, die Aufnahme von Juden in ihre Mitte zu verweigern.

Oesterreich.

Die hochofficiöse „Montagsrevue“ sagt, es sei zu bezweifeln, daß die Katastrophe in Kandahar die Richtung der Orientpolitik Englands beein-